

Forderungen der JU Region Heilbronn-Franken an die Bundespolitik

Aufgelegt am 7. November in Ilsfeld

- **Familienpolitik** Gerade eine unionsgeführte, schwarz-gelbe Bundesregierung muss sich vehement mit dem drohenden Bevölkerungsrückgang, gerade auch im ländlichen Raum, auseinandersetzen. Es muss durch eine verstärkte Familienförderung versucht werden, die Geburtenrate zu erhöhen, um den drohenden Bevölkerungsschwund aufzuhalten. Es muss weiterhin eine echte Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in einem Hort und der Erziehung gegeben sein. Ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare lehnen wir grundsätzlich ab.
- **Zuwanderung und Integration** In Baden-Württemberg leben rund 12 % Ausländer. Dabei prägen maßgeblich islamische Migranten das Bild in der Öffentlichkeit und der politischen Debatte. Einige dieser Migranten fallen leider des durch wiederholte, gewaltbereite, nicht auf unserer Ordnung basierendes Verhalten auf. Dieses muss zu einem sofortigen Entzug des Bleiberechtes führen, da „Fördern und Fordern“ Leitlinie konservativer Politik ist und darüber hinaus Sanktionen unabdingbarer Bestandteil eines wert-orientierten Imperativs sind. Um die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht zu überfordern setzen lehnen wir eine EU-Mitgliedschaft der Türkei entschieden ab.
- **Verkehr und Infrastruktur** Die Region Heilbronn-Franken liegt seit dem Zweiten Weltkrieg im Bahnschatten, daher fordern wir kurzfristig eine Aufwertung der Frankenbahn nach Würzburg sowie der Murrbahn (Schwäbisch Hall – Stuttgart), langfristig ist eine ICE-Trasse Würzburg – Stuttgart entlang der A81 zu prüfen. Für den Automobilverkehr ist die A6 durchgängig zur Dreispurigkeit auszubauen, langfristig sollte dies auch auf der A81 erfolgen. Eine DSL – Verfügbarkeit mit 16.000 Mbit ist flächendeckend herzustellen.
- **Haushaltspolitik** Für die Junge Union Heilbronn-Franken bleibt die Nullverschuldung das oberste Ziel der Haushaltspolitik. Trotz der erheblichen Anstrengungen, welche die aktuelle Wirtschaftskrise erfordert, muss diesem Ziel höchste Priorität eingeräumt werden, damit uns und unseren Kindern noch genügend Spielraum bleibt, um in Zukunft Politik gestalten zu können. Um dies zu erreichen, fordert die Junge Union, dass sich die öffentliche Hand auf die zuverlässige Erfüllung ihrer Kernaufgaben konzentriert.
- **Steuerpolitik** Die Junge Union Heilbronn-Franken ist von der Notwendigkeit eines verständlicheren und gerechteren Steuersystems mit einer geringeren Belastung der Leistungsträger unserer Gesellschaft überzeugt. Angesichts des Primärziels der Nullverschuldung können die ersten Schritte einer solchen Reform nur in einer Steuervereinfachung liegen. Mittelfristig führt jedoch nichts an einer Steuerstrukturreform mit einer deutlichen Entlastung der Menschen, nicht zuletzt durch Abschaffung überholter Abgaben, vorbei.
- **Wirtschaftspolitik** In der Wirtschaftspolitik hat sich die CDU unter Bundeskanzlerin Merkels Führung weit von ihren Grundsätzen und damit von ihren Stammwählern entfernt. Diese „Sozialdemokratisierung“ der CDU lehnt die Junge Union Heilbronn-Franken entschieden ab und setzt sich für eine Politik der wertegebundenen Sozialen Marktwirtschaft ein, die der Eigenverantwortung des Einzelnen mehr Bedeutung beimisst und die Rahmenbedingungen für einen leistungsstarken Mittelstand schafft. Der Grundsatz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ muss dabei im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik stehen.
- **Energie** Die Junge Union Heilbronn Franken begrüßt die geplante Laufzeitverlängerung für den Block I des Kernkraftwerkes Neckarwestheim. Kernenergie wird helfen als Brückentechnologie den Energiebedarf zu sichern. Darüber hinaus steht die JU Heilbronn – Franken dem Bau neuer Kernkraftwerke positiv gegenüber. Wir setzen uns für eine Entprivatisierung des Wasser-, Strom- und Gasnetzes ein. Die Stromfernleitungen müssen in staatlicher Hand bleiben.